DAS NEUE BUCH

Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluß auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben. Herausgegeben von Eugen Lemberg und Friedrich Edding in Verbindung mit Max Hildebert Boehm, Karl Heinz Gehrmann und Alfred Karasek-Langer in drei Bänden, Verlag Ferdinand Hirt in Kiel, 1959, 1935 Seiten, DM 48,—.

Einen so großen Komplex der Gegenwartsentwicklung zum Gegenstand umfassender wissenschaftlicher Untersuchungen zu machen, ist ein Unternehmen, dessen Problematik nur aus der Vielzahl ihrer Aspekte bewältigt werden kann. Anders als in einem Sammelwerk ist es gar nicht zu beginnen. Dafür kann es nun aber auch des zeitgenössischen, nicht nur fachlich bezogenen Interesses sicher sein. Die achtunddreißig Mitarbeiter, die hier zusammenwirkten, haben mit ihren in den einzelnen Beiträgen eindrucksvoll verarbeiteten Spezialkenntnissen den Gesamtzusammenhang der Aufgabenstellung niemals aus den Augen verloren. Es galt, mitten im Strom des unaufhaltsamen Zeitgeschehens Positionen zu finden, die nicht bloß für das Tempo des Ablaufs und den jeweiligen Oberflächenstand kennzeichnende Maßstäbe abgaben, sondern auch die ganze Fülle, den inneren Gehalt dieser bewegten Gegenwart zu ermessen und zu deuten, was sie in den verschiedenen Phasen der Eingliederung zur Wirkung gebracht hat.

Die Herausgeber waren sich bewußt, daß sie mit der Betrachtung und Analyse der Vertreibungsfolgen im westdeutschen Bereich nur einen Ausschnitt der Gesamtproblematik geben konnten, da „diese vertriebenen Deutschen als Paradigma für ein unser ganzes Zeitalter und einen beträchtlichen Teil der Menschheit betreffendes Schicksal" stehen. Sie dürfen daher nicht nur im nationalen Selbstbezug gesehen werden. Unter dieser Konstellation ist nach dem allgemeinen Urteil der über das Sammelwerk bisher erschienenen summarischen Rezensionen eine Arbeit entstanden, auf die bei allen weiteren Studien zu den hier behandelten Themen immer wieder zurückgegriffen werden wird. Daß trotz des verhältnismäßig großen Umfanges der vorliegenden drei Bände manche wichtige Teilfrage nur kursorische Erwähnung finden konnte, da sonst unübersichtliche Kompendien entstanden wären, liegt im Wesen einer solchen Zwischenbilanz, die sich auch der abschließenden Wertung enthalten muß, solange nach den Vertriebenen die Flüchtlingsbewegung aus dem Osten in den westdeutschen Raum noch weitergeht. Daher konnte z. B. der ganze Umfang der von den Gemeinden seit 1945 erbrachten hohen Leistungen zur Eingliederung der ihrer alten Heimat Beraubten nur kurz gewürdigt werden. Von einzelnen Vertretern der ostdeutschen Landsmannschaften ist an der Dokumentation bemängelt worden, daß sie das Unrecht der Vertreibung nicht genug betone. Dieser Vorwurf ist leicht abzuwehren, da er an dem Gegenstand der Untersuchung vorbeigeht und wieder nur die von der Vertreibung unmittelbar Betroffenen zentral behandelt sehen möchte. Die wissenschaftlichen Perspektiven, unter denen die Probleme der Vertreibung zu betrachten sind, wurden bereits von anderer Seite mit klarer Objektivität aufgezeigt[1]). Ihr wird auch dieses Sammelwerk in

[1]) Theodor Schieder: *Die Ostvertreibung als wissenschaftliches Problem*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, Januar 1960, S. 1 ff.

ikgs

allen Teilen gerecht, so daß es — nicht nur des hier verarbeiteten Materials wegen — unentbehrlich ist.

Die Zwischenbilanz der Eingliederung kann in ihrem Wert nur dann voll eingeschätzt werden, wenn man sie auf den derzeitigen nationalen Notstand im gespaltenen Deutschland bezieht. Und hier erweist sich nun, daß das gesamtnationale Problem durch die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge in Westdeutschland keineswegs gelöst werden konnte, weil es auf diese Weise gar nicht zu lösen ist. Dem widersprechen allerdings unter anderem gewisse polnische Stimmen, die da feststellen wollen: „Das Buch schlägt der offiziellen revisionistischen Propaganda die Waffe aus der Hand, deren sie sich sonst bedient [2])." Stimmt das? Kann aus den Erfolgen der Eingliederung und aus der Gesinnung, unter der sich diese vollzogen hat, auf die latente Bereitschaft zu einer die Wiedervereinigung und Ostdeutschland betreffenden deutschen Verzichtpolitik geschlossen werden?

Die beste Antwort auf diese Frage gibt die in Band III (S. 435 ff.) enthaltene Studie von Eugen Lemberg über den „Wandel des politischen Denkens". Sie kann und soll hier stellvertretend für die vielen das Geschehen deutenden Aussagen der übrigen Sachbearbeiter stehen, auf deren wissenschaftliche Leistungen im Rahmen einer einzelnen Rezension gar nicht genug eingegangen werden kann. Das zur Beantwortung der uns gestellten Fragen herausgegriffene Beispiel gibt Gelegenheit zur Prüfung, wieweit Lembergs Befund seinen Problemkreis gefaßt hat und ob seine Diagnose noch heute uneingeschränkt gilt oder durch die jüngste Entwicklung bereits zum Teil überholt erscheint. Daran soll auch erkennbar werden, mit welchen Kriterien an das Gesamtwerk heranzugehen ist.

Lemberg sieht mit dem Vollzug der Vertreibung den „Zusammenbruch aller bisherigen politischen Denkvoraussetzungen" und den „Hereinbruch eines neuen Zeitalters in der Geschichte mindestens Mitteleuropas" gegeben und stützt darauf seine These von der Notwendigkeit grundlegenden Umdenkens. Zweifellos wird durch jede Katastrophe die Orientierung nach den neuen Gegebenheiten erforderlich, die nicht nur in Anbetracht der äußeren, sondern noch viel mehr der inneren Situation erfolgen muß. Eine Frage bleibt, ob der Umsturz der Verhältnisse wirklich ein so totaler gewesen ist, daß jetzt schon von der „Entstehung eines neuen Volkes" gesprochen werden kann, wie es der Verfasser an anderer Stelle tut. Die durch die Vertreibung der Ostdeutschen bewirkte Zäsur in der deutschen Geschichte könnte, so extrem gedeutet, zu dem voreiligen Schluß führen, alle Jahrhunderte der deutschen Vergangenheit seien durch die Gegenwart außer Kraft gesetzt und die trotz aller historischen Umbrüche und Umschichtungen im tiefsten Grunde bewahrten kontinuierlichen Lebenszusammenhänge für immer zerstört. Der Autor widerspricht aber selber einer derart radikalen Auslegung, da er im folgenden auf die verschiedenen politischen Traditionen verweist, die von den Vertriebenen aus deren Herkunftsräumen in die neue Heimat mitgebracht worden sind, Traditionen, denen sie vielfach ihre Regenerationskraft in den neuen Umweltverhältnissen des Westens verdanken. Der Verfasser arbeitet die Unterschiede zwischen den „Reichsdeutschen" und den „Volksdeutschen" unter den Vertriebenen, deren Einstellung zum Staat und zu den fremdnationalen Nachbarn heraus. Für die politische Haltung der „Volksdeutschen" findet er es mit Recht bezeichnend, daß von ihnen früher „das sprachlich abgegrenzte Volkstum höher eingeordnet" wurde „als

[2]) *Kwartalnik Opolski*, Jg. V/1959, Nr. 4 (20), S. 200 f.

ikgs

der Staat, den man je nach Lage hinnahm oder bekämpfte, der aber nicht die eigene Sache war". Die Schwierigkeiten ihrer nationalpolitischen Selbstbehauptung als Volksgruppen und Minderheiten im fremden Staatsverband haben es mit sich gebracht, daß sie „im Gegensatz zu den vom Staat her integrierten sogenannten Reichsdeutschen" grundsätzlich und oft in tragischer Spannung zwischen Volk und Staat zu unterscheiden lernen mußten. „Was dabei die ehemals Reichsdeutschen von östlich der Oder-Neiße-Linie zuviel hatten, nämlich ein zu enges und unproblematisches Verhältnis zum Staat, das hatten jene Deutschen von jenseits der Grenzen von 1937 zu wenig." Den letzteren mußte für die Zukunft der Gedanke einer föderativen Völkerordnung in Ostmitteleuropa besonders naheliegen, wobei für uns vorläufig wohl immer noch offenbleiben muß, unter welchen übernationalen Instanzen sich eine solche Partnerschaft der Völker verwirklichen ließe. Diese Frage konnte auch von Lemberg nicht erörtert werden. Wichtig bleibt jedenfalls seine Feststellung der Unterschiede im politischen Vokabular der Vertriebenen und der Einheimischen, das die Formen des deutschen Geschichtsbildes ausschlaggebend mitbestimmt. Sehr entschieden weist der Verfasser den Vorwurf zurück, die Ostdeutschen seien ihrem Wesen nach fanatische Nationalisten, sozusagen Wegbereiter des Nationalsozialismus gewesen, der ihre politischen Parolen in Wahrheit für die eigenen imperialen Zwecke mißbraucht hat. Der Autor hätte noch hinzufügen können, wie sehr das gesamtdeutsche Selbstverständnis auch durch die ungerechte pauschale Diffamierung Preußens gelitten hat, ein Schaden, der einer der Hauptgründe für die derzeitige Schwäche des staatsbürgerlichen Bewußtseins in Westdeutschland ist, nicht zuletzt, weil er auch die staatspolitischen Traditionen der ehemaligen Weimarer Republik — in den Grenzen von 1937! — vielen suspekt gemacht hat. Zu Recht unterstreicht Lemberg, daß die politischen Erfahrungen der Vertriebenen diese im allgemeinen gegen den Kommunismus besonders immun gemacht haben. Hier wäre jedoch noch näher zu untersuchen, wieweit dies nur für jene Vertriebenen gilt, die in Westdeutschland Aufnahme gefunden haben, wenngleich erwiesenermaßen unter den Flüchtlingen aus der Zone auffallend viele aus Ostdeutschland Vertriebene sind. Zweifellos waren die politischen Denkansätze bei den Ostdeutschen und den Westdeutschen mehr oder weniger verschieden; es ist jedoch vielleicht zu scharf gesehen, die Nuancen der Akzentuierung allgemein als gegensätzliche Alternativen zu bewerten. Die im Westen vorherrschende ideologisch-antitotalitäre Einstellung ist im letzten doch kaum von der nationalpolitischen zu trennen; beide sind derzeit, wenn nicht alle Anzeichen trügen, dabei, miteinander zu verschmelzen. Das wird jedoch nur gelingen, wenn es zu einer allgemeinen Stärkung auch des Staatsbewußtseins kommt, das hier von Lemberg nicht weiter angesprochen wird, obwohl es auch bei übernationalen Zielen ein wesentlicher Faktor politischer Integration bleibt.

Die nächsten Abschnitte der Studie stellen die Reaktionen auf die Vertreibung in den einzelnen Phasen dar, die auf die Bildung der politischen Parteien in Westdeutschland großen Einfluß genommen haben, in denen sie auch den gesamtdeutschen Wiedervereinigungsforderungen besonderes Gewicht gaben. Dabei waren die ostdeutschen Vertreter in den Parteien der Bundesrepublik „verzweifelt, aber mit wenig Erfolg bemüht, ihren binnendeutschen Parteigenossen ein gewisses Verständnis für den Volkstumskampf im Osten beizubringen und die in Westdeutschland weitverbreitete Instinktlosigkeit zu bekämpfen, die sich in harmlosen Einladungen an tschechische und jugoslawische Vorkämpfer der Vertreibung und in der kritiklosen Übernahme tschechischer, polnischer und jugoslawischer Propagandathesen äußerte". Auffallenderweise

ikgs